

---

Hartmut Häußermann

## Berlin – Potentiale und Entwicklungschancen

---



*Prof. Dr. Hartmut Häußermann, geb. 1943 in Waiblingen, Studium der Soziologie an der FU Berlin, 1976-1978 Professor für Stadt- und Verwaltungssoziologie an der Universität Kassel, 1978-1993 Professor für Stadt- und Regionalsoziologie an der Universität Bremen, lehrt seit 1993 Stadt- und Regionalsoziologie an der Humboldt-Universität zu Berlin.*

---

Seit der Bildung der Landesregierung durch eine SPD-PDS-Koalition dominiert nur noch ein Thema in der Berliner Politik: die Haushaltskrise. Im Senat und im Abgeordnetenhaus hat sich offenbar die Überzeugung durchgesetzt, dass über politische Inhalte nicht mehr diskutiert zu werden brauche, so lange nicht sicher gestellt sei, dass die laufenden Ausgaben auch durch die laufenden Einnahmen gedeckt seien. Dass dies mittelfristig bei jeder verantwortlichen Politik angestrebt werden muss, mag außer Frage stehen, aber wann und mit welchen Mitteln dies erreicht werden könne, ist eine eminent politische Frage. Allein die Antworten auf die Frage, ob Berlin vor allem ein Einnahmen- oder ein Ausgabenproblem habe, weisen in verschiedene Richtungen politischer Aktivität. Der derzeitige Finanzsenator vertritt explizit die Meinung, Berlin habe vor allem ein Ausgabenproblem, und daher besteht seine Politik ausschließlich darin, Ausgabenkürzungen zu planen. Den Maßstab für „zu hohe“ Ausgaben bilden Vergleichszahlen mit anderen Bundesländern, wobei neben dem Stadtstaat Hamburg besonders gerne Daten aus Rheinland-Pfalz, Bayern und Sachsen herangezogen werden.

Die implizite politische Botschaft zur Situation und zur Zukunft von Berlin lautet, dass es hausgemachte Verschwendung sei, unter deren Folgen die Stadt heute leidet, und dass Berlin kein anderes Aufgaben- und Ausgabenprofil aufzuweisen brauche als jeder andere Flecken in der deutschen Provinz – eine besondere Situation ergebe sich weder aus der Hauptstadtfunktion noch aus der besonderen Geschichte. Es mag sein, dass es der komplexen Verflechtungsstruktur und der Mentalität der Landespolitiker im deutschen Föderalismus angemessen ist, kein anderes Leitbild als das einer durchschnittlich ausgestatteten Provinzstadt zu propagieren, aber es erheben sich doch zwei Fragen: zum einen, ob durch solche Unterwerfungsgesten die Zukunft der Stadt wirklich gesichert werden kann, und zum anderen, ob mit einer allein finanztechnisch begründeten Haushaltspolitik nicht auch noch die vorhandenen Potentiale gefährdet oder gar zerstört werden.

Sicher ist, dass in der Berliner Stadtentwicklungspolitik in den vergangenen zehn Jahren Fehler gemacht worden sind, die zu den heutigen Finanzproblemen beigetragen haben - sicher ist aber auch, dass die gegenwärtigen Probleme ebenso eine Folge der spezifischen Rolle sind, die die Stadt Berlin im Kalten Krieg gespielt hat. Im Folgenden soll zunächst versucht werden, ein realistisches Bild von der Problemlage der Stadt zu skizzieren, um danach auf die möglichen Entwicklungsperspektiven einzugehen.

### **Berlin im Kalten Krieg**

Berlin war im Kalten Krieg real und symbolisch ein Ort, an dem die Ost-West-Gegensätze häufig auf die Spitze getrieben wurden. Der sowjetische Block benutzte die besondere Situation der Stadt, um seine Machtansprüche zu demonstrieren, indem die Vereinbarungen zwischen den vier Siegermächten des Zweiten Weltkriegs immer wieder revidieren versucht wurden. Für den Westblock wurden dadurch der Status, die Sicherheit und die Zugänglichkeit der Stadt zu prinzipiellen Fragen einer Strategie der Begrenzung des kommunistischen Einflussgebiets. In Berlin wurden die Prinzipien und Werte der westlichen Welt verteidigt und wurde zugleich der Anspruch symbolisch aufrechterhalten, dass die territorialen Ergebnisse des Zweiten Weltkriegs erst in einer friedensvertraglichen Regelung endgültig festgeschrieben werden könnten. In der weltweiten Konfrontation zwischen Ost und West spielte Berlin die Rolle eines symbolischen Ortes, der für Legitimationszwecke von beiden Seiten in unterschiedlicher Weise in Anspruch genommen wurde. Während für den Ostteil der Stadt mit der völkerrechtswidrigen Festlegung als „Hauptstadt der DDR“ eine funktionale Einbettung in den ostdeutschen Teilstaat gefunden war, verlor West-Berlin aufgrund seiner isolierten geographischen Lage und aufgrund seiner beständigen Gefährdung durch Transportbehinderungen auf den Transitwegen die Voraussetzungen für eine eigenständige ökonomische Entwicklung.

Die Geschichte von West-Berlin zwischen 1945 und 1990 kann daher als eine Geschichte der Zerstörung der ökonomischen Grundlagen einer „normalen“ Stadtentwicklung geschrieben werden. Die zentrale Position, die Berlin im politischen, kulturellen und ökonomischen System des Deutschen Reiches und der Weimarer Republik eingenommen hatte, wurde vollkommen demontiert. Bewohner und wirtschaftliche Aktivitäten wurden in Berlin durch staatliche Zuschüsse und durch besondere Kredite gehalten. Die Bewohner von West-Berlin wurden zu Statisten in einer weltpolitischen Auseinandersetzung, und die materiellen Voraussetzungen dafür wurden durch staatliche Finanzierung geschaffen. Das private Kapital hatte bereits nach der ersten Berlin-Blockade Ende der 1940er-Jahre den Abmarsch angetreten; die westdeutschen Agglomerationen um München, Frankfurt, Düsseldorf und Hamburg wurden zu Gewinnern der Teilung, denn dort vor allem entfaltete sich das historisch beispiellose ökonomische Wachstum der 1950er-Jahre in der Bundesrepublik. Befanden sich im Jahre 1939 noch 10,5 Prozent aller Arbeitsplätze in Deutschland in Berlin, so waren dies im Jahr 1989 nur noch 5 Prozent - und ihr Anteil sank danach bis 1997 weiter auf 4,3 Prozent.

Berlin verlor seine Stellung als Zentrum der Finanz- und Medienindustrie ebenso wie die Hauptsitze großer Industrieunternehmen. In Berlin war Militärforschung verboten - und damit jener große militärisch-industrielle Komplex, der bei der Entwicklung moderner Technologien eine zentrale Rolle spielte. In einer Zeit der rasanten Internationalisierung und Globalisierung ökonomischer Beziehungen blieb Berlin von solchen Entwicklungen weitgehend abgehängt. Während sich in Paris und London, in Wien und Kopenhagen, in Genf und

Brüssel usw. internationale Organisationen ansiedelten, blieb der Westteil der Stadt unter einer Schutzglocke des Stillstandes isoliert, der Ostteil wurde zu einem Satelliten von politischen und ökonomischen Verbündeten, die nach 1990 rasch bedeutungslos wurden.

Der öffentliche Haushalt von West-Berlin wurde bis 1990 zu mehr als 50 Prozent aus dem Etat des Bundeshaushaltes finanziert. Das war die notwendige Prämie für eine politische Rolle, die der Stadt von der westdeutschen Politik und von der westlichen Staatengemeinschaft übertragen worden war. Der Arbeitsmarkt in West-Berlin glich einer Mega-Beschäftigungsmaßnahme, mit der eine stärkere Abwanderung von Bevölkerung verhindert werden sollte. Allein im Wissenschafts- und Kulturbereich, beides überwiegend öffentlich finanzierte Arbeitsmarktsegmente, behielt die Stadt eine überregionale Bedeutung. Der hohe Anteil öffentlicher Mittel an sämtlichen Investitionen in der privaten Wirtschaft und im Wohnungsbau sowie der hohe Anteil des öffentlichen Sektors an der Wirtschaft insgesamt war nicht eine „Fehlentwicklung“, als die sie heute oft bezeichnet wird, sondern eine politisch gewollte Voraussetzung, die die Rolle der Stadt im Rahmen der weltpolitischen Strategie der „Westmächte“ ermöglichten. Niemand, weder die Bundesregierung noch der Senat von Berlin, hat nach dem Ende des Kalten Krieges den Bewohnern von West-Berlin erklärt, nun brauche man sie als Statisten der Weltpolitik nicht mehr, und damit seien sie arbeitslos. Aber gehandelt wird heute faktisch so. Denn Berlin hat, wie der Finanzsenator immer wieder füglich erklärt, kein Einnahmen-, sondern ein Ausgabenproblem. Und dafür tragen die Berliner angeblich mit ihrem „Anspruchsdenken“, mit ihrer „Staatsfixierung“ letztlich selbst die Schuld.

Dass das Vertrauen in die politische Führung der Stadt angesichts einer solchen Hilflosigkeit ständig sinkt, kann kaum verwundern. Wenn das politische Konzept des Senats von Berlin lediglich darin besteht, die strukturellen Lücken, die in einem halben Jahrhundert funktionaler Demontage in Berlin entstanden sind, mit der Rückführung der Ausgaben auf das Normalniveau einer deutschen Stadt übertünchen oder verdrängen zu wollen, muss das zu einer dramatischen ökonomischen und sozialen Krise der Stadt insgesamt führen - wenn man die gegenwärtige Situation nicht bereits als solche bezeichnen möchte.

Der Austeritätskurs der Landesregierung müsste eingebettet sein in eine Strategie des Strukturwandels, der eine Vorstellung von den zukünftigen Funktionen der Stadt zugrunde liegt. Dabei geht es nicht um eine „Idee der Stadt“, wenigstens nicht um eine einzige oder wichtigste. Eine Stadt von der Größe und Vielfalt Berlins kann nicht aus *einer* Idee leben oder auf *eine* Idee zugeschnitten werden, denn ihr Potential liegt gerade in der Diversität und im Überschuss an Ideen.

## **Stadtpolitik nach der Wende**

Die Stadtpolitik nach der Vereinigung orientierte sich an einer illusorischen Wachstumsperspektive. Die Idee, Berlin werde in einem sich vereinigenden Europa gleichsam die Hauptstadt der Austausch- und Kommunikationsbeziehungen zwischen Ost und West, beherrschte damals alle Köpfe - auch diejenigen des Großkapitals und der Consulting-Firmen, die den Regierungen für viel Geld immer das aufschreiben, was der Zeitgeist der Business-Magazine gerade suggeriert. Die nüchterne Erkenntnis, dass die regionalen Strukturen, die sich in der Zeit der Teilung entwickelt hatten, ein sehr viel größeres Beharrungsvermögen haben, als man sich damals hatte vorstellen können, und dass sich die wirtschaftsgeographischen Linien in einer globalen Ökonomie anders bilden als im Eisenbahnzeitalter,

setzte sich erst gegen Mitte der 1990er-Jahre durch. Ab diesem Zeitpunkt wurde deutlich, dass eine politische Weichenstellung wie die Verlegung des Regierungssitzes nur eine minimale Auswirkung auf die wirtschaftliche Geographie Deutschlands haben würde - zumal in den „Hauptstadt-Verträgen“ sorgfältig darauf geachtet wurde, dass sich die Zahl der mit bundespolitischen Einrichtungen verbundenen Arbeitsplätze in Berlin nicht erhöhen durfte. Die „Wanderungsbilanz“ des öffentlichen Dienstes zwischen Bonn und Berlin beträgt ja bekanntlich Null. Aus der Anerkennung dieser Realitäten müsste sich eine andere Grundierung der Stadtpolitik ergeben: es genügt nicht, die Stadt für Funktionen (wieder) herzurichten, die sie früher einmal hatte bzw. die ihr von außen zufließen. Doch daran orientierte sich die Berliner Politik seit der Vereinigung überwiegend. Ein kurzer Rückblick darauf soll den Hintergrund bilden für Überlegungen zu Entwicklungsperspektiven, die sich heute bieten.

Im Zeitraum von kaum mehr als einem Jahr vollzog sich ab November 1989 eine vollkommene Umwälzung des politischen und ökonomischen Rahmens für die Stadtentwicklung. Die Zukunft, die so plötzlich hereinbrach, hatte kein Vorbild, man konnte sie sich nicht aufgrund von Erfahrungen ausmalen. Jeder konnte nun Recht haben. In dieser Zeit wurde nichts für unmöglich gehalten, und für Berlin wurden monströse Wachstumsprognosen gestellt. Diese bildeten die Grundlage für stadtentwicklungspolitische Entscheidungen, die keinen Aufschub zu dulden schienen. Denn die Struktur der Stadt musste neu erdacht werden. Die bisher getrennten Teile der Stadt mussten zusammengefügt und die in Aussicht gestellten Wachstumspotentiale sollten in eine räumliche Struktur gelenkt werden, die funktionstüchtig sein musste und Ansprüchen an eine moderne Stadtentwicklung genügen sollte.

Als der Bundestag im Frühsommer 1991 mit einer denkbar knappen Mehrheit den Umzug der „Verfassungsorgane“ nach Berlin beschloss, schnellten die Bodenpreise in die Höhe und ein Investitionsboom bahnte sich an. Das Spektrum der Entscheidungen, die getroffen werden mussten, war umfassend. Das krasse Entwicklungsgefälle zwischen Ost und West stellte eine zentrale Herausforderung dar, außerdem: Sollte die Zentrenstruktur, die sich während der Teilung herausgebildet hatte - also zwei City-Bereiche - erhalten werden oder sollte man sich an den Strukturen der Vorkriegszeit, d.h. an einem Zentrum orientieren? Welche kulturellen Einrichtungen, die es in vielen Fällen nun doppelt gab, sollten erhalten werden? Wo sollten die Einrichtungen der Landesregierung lokalisiert werden? Wie konnte ein Ausgleich bei der Infrastrukturausstattung der Qualität der Wohnungsversorgung zwischen Ost und West erreicht werden? Welches Verkehrskonzept sollte angestrebt werden?

Bevor die politische Öffentlichkeit und die Stadtverwaltung zu Entschlüssen über die zukünftige Struktur der Stadt gekommen waren, hatten internationale Investoren bereits ihre Pflöcke eingeschlagen. Für sie lag das Leitbild der zukünftigen Entwicklung in den zwanziger Jahren: Das gesamte Areal zwischen Pariser Platz und Alexanderplatz wurde zu einer 1-a-Lage erklärt, die sich an den Nutzungsbedürfnissen einer europäischen Dienstleistungsmetropole orientieren sollte. Die privaten Investitionen konzentrierten sich sehr schnell auf die alten zentralen Standorte in der Friedrichstadt.

Den städtischen Planungen wurde angesichts des zu erwartenden Investitionsvolumens eine dezentrale Struktur zugrunde gelegt. Außerdem wurden einige Standorte ausgewählt, an denen konzentrierte Anstrengungen zur Entwicklung neuer Stadtteile unternommen werden sollten. Nach anfänglicher Planung von neun solcher „Entwicklungsgebiete“ wurden nach einem Kassensturz im Jahr 1995 lediglich noch fünf weiterverfolgt: Wasserstadt Spandauer See, Rummelsburger Bucht, Wissenschaftsstadt Adlershof, Biesdorf-Süd und Schlachthof Eldenaer Straße. Man ging von etwa 30.000 neuen Wohnungen und 75.000

Arbeitsplätzen in diesen Gebieten aus. Diese Politik verließ sich auf ökonomisches Wachstum. Die Kosten für die Beseitigung altindustrieller Infrastruktur und Altlasten sollten durch den Verkauf des „entwickelten“ Bodens ausgeglichen werden. Weil sich der Bodenmarkt allerdings nicht so entwickelte wie geplant, muss der öffentliche Haushalt die Zinsen für die aufgenommenen Kredite zahlen. Die ausbleibenden Einnahmen aus Verkäufen oder Vermietungen belasten dann das Budget der Stadt, die sich mit den Finanzierungsmodellen für die Entwicklungsgesellschaften selbst auf das Feld der Immobilienspekulation begeben hat. Haushaltsmittel sind länger und in größerem Umfang gebunden als geplant war - der Markt macht Stadtentwicklungspolitik, wenn sich die Stadtentwicklungspolitik auf den Markt begibt.

Alle Planungen, die in der ersten Hälfte der 1990er-Jahre vorgenommen wurden, waren Planungen für eine wachsende, expandierende Stadt. Aber weder die Bevölkerungszahlen, die diesen Plänen zugrunde liegen, noch die Arbeitsplatzzahlen werden in absehbarer Zeit erreicht. Die Stadtentwicklungspolitik kann darauf nur noch durch planlose Kürzungen von öffentlichen Ausgaben reagieren.

Die West-Berliner Regionaleliten, die die politische Macht in der gesamten Stadt übernommen hatten, waren von den strukturellen Problemen überfordert. Eine klare Entscheidung dafür, wo nun eigentlich das Zentrum der Stadt liegen sollte, war ihnen unmöglich, hatten sie ihre West-City doch Jahrzehnte lang für den Nabel der Welt halten dürfen. Um die Entwicklung im Zentrum nicht als Alternative zur Entwicklung des provisorischen zentralen Bereichs in der Gegend um den Bahnhof Zoo ansehen zu müssen, drängte es sich geradezu auf, an ein unbegrenztes Wachstum zu glauben und daher auch prinzipiell alle Investitionspläne zu unterstützen: Hochhäuser hier, Hochhäuser da, Büros und Hotels hier, Büros und Hotels da. Die Synergieeffekte eines wirklichen Zentrums stellten sich daher kaum ein.

### **Urbane Ökonomie im Zentrum?**

Die Investitionsnachfrage bzw. die Nachfrage nach Räumen durch etablierte ökonomische Unternehmen ist viel zu gering, um jenen riesigen Raum an aufgelassenen Gebäuden und brachliegendem Gelände in der Stadt zu füllen, den Krieg und Deindustrialisierung hinterlassen haben. Die traditionelle Orientierung an einem exogen erzeugten Wachstum geht an den Entwicklungsbedingungen für die Städte im Zeitalter der Globalisierung vorbei.

Eine konzeptionelle Weichenstellung liegt darin, ob man die Stadt vor allem als einen Behälter für wirtschaftliche Aktivitäten betrachtet, die anderswo entstehen und sich dann im Stadtraum „niederlassen“ - oder ob man die Produktivität der Stadt selbst ins Zentrum der Entwicklungspolitik stellt.

Durch die Kommunikationstechniken werden Standorte auf der ganzen Welt miteinander vernetzt, wobei die Städte die Knoten von Kommunikationsnetzen bilden. Im Zuge von Globalisierung und Tertiarisierung bilden sich neue Dienstleistungskomplexe in den Städten heraus, die zentrale Lagen besetzen. „Strategische Kompetenzen“ werden in vielfältigen und heterogen strukturierten Dienstleistungskomplexen innerhalb der großen Städte produziert. Diese Dienstleistungskomplexe sind zwar in sich stark verflochten, nicht aber mit der übrigen Stadt - inselhaft bilden sie eine eigene *Ökonomie in der Stadt* - gleichsam eine Zitadelle - die mit vielen Orten der globalen Ökonomie enger verbunden ist als mit ihrer lokalen Nachbarschaft. Solche Komplexe haben die Tendenz, sich baulich-physisch von der

übrigen Stadt abzugrenzen und alles, was nicht zum Funktionieren gebraucht wird, draußen zu halten.

Davon zu unterscheiden ist die spezifische Produktivität der *Ökonomie der Stadt*, die flexible und innovative Reaktionen auf sich immer rascher verändernde und komplexer werdende Anforderungen ermöglicht. Diese Kompetenzen, die vor allem in der Sammlung, Aufbereitung, Analyse, Bewertung und Vermittlung von Informationen und Innovationen bestehen, können je nach Bedarf und Situation variieren und müssen von verschiedenen Akteuren jeweils neu produziert werden. Forschung und Entwicklung, Beratung und Projektierung, die Film- und Medienbranche, Design und Werbung, Produktinnovation, Rechtsberatung, Finanzierung und Versicherungen bekommen im Zuge der Globalisierung wirtschaftlicher Beziehungen und der Privatisierung von Ordnungsfunktionen eine immer größere Bedeutung. Dazu gehören auch Kommunikationsdienste, Druckereien, Papierhandel, Reinigung, Bewachung, Medien, Handel, Catering, Hotels- und Kongresszentren, Messeorganisation, Präsentation, Promotion und Pressearbeit, Transport und Nachrichtentechnik. Es ist wichtig, die richtigen Partner zur richtigen Zeit zu finden, um sie projektbezogen zu virtuellen Unternehmen zu verflechten. Die dazugehörigen Dienstleistungen sind in den Städten vorhanden und vor allem in den funktional heterogenen Altbaugebieten verstreut und arbeitsteilig organisiert. Eine solche Struktur entwickelt sich in Berlin vor allem im Bezirk Mitte und in den anliegenden Altbaugebieten.

Die Rolle der räumlichen Nähe besteht bei diesen Kooperationen nicht darin, in einem auf Dauer angelegten räumlichen Netz Arbeitsteilung und Spezialisierung zu organisieren, wie es bei der traditionellen räumlichen Zentralität der Fall war. Vielmehr müssen heute Spezialisierungen von Fall zu Fall neu zusammengesetzt und entwickelt werden, um die notwendige Reaktionsschnelligkeit und Flexibilität zu gewährleisten. In der großstädtischen Struktur schlummern gleichsam verschiedene Qualifikationen, die sich aus sehr heterogenen Partikeln zusammensetzen, Milieus, die verschiedenste Kompetenzen und Ressourcen kombinieren. Dies ist die neue städtische Ökonomie, die urbane Kompetenz, auf der sich die ökonomische und kulturelle Bedeutung der Städte auch noch in einer Zeit gründet, in der die traditionellen Zentralitätsvorteile durch Verkehrs- und Kommunikationstechniken obsolet geworden sind.

Die Grenze zwischen selbständiger und abhängiger Arbeit ist dabei fließend geworden, die Qualifikationen bestehen nicht mehr nur in fachlicher und beruflicher Kompetenz, sondern auch in sozialem und kulturellem Kapital. Die Vernetzung untereinander ist gleichsam ein Nebenprodukt des geselligen und kulturellen Lebens, die ökonomischen Aktivitäten sind eingebettet in soziale und kulturelle Netzwerke im urbanen Kontext. Die strikte Trennung von Arbeiten und Wohnen ist dabei weitgehend aufgehoben, es gibt kaum noch feste Angestelltenverhältnisse. Arbeitszeiten werden in Perioden der Spitzennachfrage verlängert, Qualifikationen werden ad hoc hinzugekauft, formalisierte ökonomische Beziehungen weitgehend vermieden. „Local Area Networks“ erlauben die spontane Vernetzung an den Knotenpunkten digitaler Kommunikation, wodurch die technische Infrastruktur eine Zentralitätsbedeutung ganz herkömmlicher Art bekommt.

Die „neue Ökonomie der Stadt“ bietet allerdings nicht nur Chancen, sondern produziert auch Verlierer. Soziale Absicherung, festes Einkommen und eine längerfristige Perspektive sind in ihr selten, und neben den gut bezahlten Jobs der Spezialisten und Manager werden die meisten Beteiligten nur Handlangerdienste ausführen und entsprechend bezahlt werden. Mit diesen ökonomischen Aktivitäten entsteht jedoch beileibe nicht nur eine Zitadellenökonomie für smarte Aufsteiger, sondern eine urbane Ökonomie, die ganz andere

Strukturen, Rhythmen und Flexibilitäten als die fordistisch organisierte Industrieökonomie kennt. Hierin bestehen Chancen und neue Möglichkeiten für eine wachsende Zahl von Beschäftigten, wobei sich die Einkommensverteilung allerdings polarisiert.

Entscheidend für diese neue urbane Ökonomie ist ihre Einbettung in funktional und sozial heterogene und komplexe Strukturen. Die vielfältig gemischte Stadt, die „Stadt der kurzen Wege“ ist die (post-) moderne Struktur, die den Nutzungsmix ermöglicht - im Gegensatz zu den durch autobahnähnliche Schneisen aufgeteilten und funktional zerlegten Quartieren der „modernen“ Stadt. Die Grenzen zwischen Wohnen, Leben, Arbeit, Kultur, Freizeit und Bildung lösen sich auf - diese sind verblässende Kategorien für Funktionen, die die Industriegesellschaft aus dem komplexen Alltag herausgeschnitten und höchst effektiv in getrennten Bereichen organisiert hatte - das war die fordistische Stadt. Berlin ist bei weitem nicht so radikal fordistisch strukturiert wie die anderen Großstädte in Deutschland. Das ist der Vorteil der nachhängenden Entwicklung. Die vorfordistischen Strukturen, die sich in einer starken funktionalen Mischung in den Stadtteilen zeigen, bieten die besten Voraussetzungen für eine postfordistische Entwicklung.

### **Perspektiven**

Berlin wurde als Symbol im Kalten Krieg, als strategischer Vorposten in der Nachkriegspolitik unterstützt - seit der Vereinigung wird die Stadt vor allem als Konkurrentin um ökonomische Potentiale und kulturelle Bedeutung behandelt. Zeit und angemessene Unterstützung für einen sanften Übergang in diesem Rollenwechsel wird der Stadt in einem Land, das insgesamt mit der stärksten ökonomischen Krise seit dem wirtschaftlichen Neubeginn nach dem Zweiten Weltkrieg konfrontiert ist, offenbar nicht gewährt. Berlin hat allerdings seine zentrale Position im ökonomischen System Deutschlands verloren. Vor allem fehlt die Einbettung in die internationale Ökonomie im Zeitalter der Globalisierung.

Berlin ist aber kulturell die einzige Metropole in Deutschland. Aufgrund ihrer Größe und ihrer innerstädtischen Verflechtungen verfügt die Stadt über ein unvergleichliches Potential an Diversität und Spezialisierung, das die Grundlage für eine neue ökonomische Zukunft bildet. Die Entfaltung dieses Potentials ist zugleich abhängig davon, dass es nicht durch eine ziellose Haushaltspolitik zerstört wird, und dass es Anschluss findet an nationale und internationale Entwicklungen, die sich in einem sich vereinigenden Europa bilden. Die Perspektiven liegen also weder allein in der inneren Struktur noch allein in den exogenen Entwicklungen.

Ein Beispiel für diese Verflechtung ist die Frage, wann und ob Berlin stärker in den internationalen Flugverkehr eingebunden wird. Es nach der politischen Wende nicht geschafft zu haben, rasch die Weichen für vielfältige Luftverkehrsverbindungen zu stellen, ist vielleicht eines der größten Versäumnisse der Berlin-Brandenburgischen Provinzpolitik. Nicht nur der Besuchsverkehr von Business und Politik ist auf diese Verbindungen angewiesen, sondern auch der Massentourismus, die Kulturindustrie sowie das Messe- und Kongressgeschäft - alles ökonomische Wachstumsbereiche, die für die Zukunft von Berlin größte Bedeutung haben könnten - wenn die infrastrukturellen Voraussetzungen dafür endlich geschaffen würden. Wenn jedoch die unsägliche Konfrontationslinie aufgezogen wird, an der Kürzungen im Bereich der Sozialausgaben gegen Investitionen in eine ökonomische Zukunft ausgespielt werden, werden die unvermeidlichen innerstädtischen Verteilungskämpfe die Zukunftschancen der Stadt schwer beeinträchtigen.

Eine zukunftsfähige Stadtentwicklung ist - überall auf der Welt - eine multikulturelle Entwicklung. Diversität, Spezialisierung, Arbeitsteilung und Verflechtung haben in der Zukunft unvermeidlich eine starke ethnische Komponente. Sie ist eine Quelle von Innovation. Obwohl der prozentuale Anteil von Migranten an der Gesamtbevölkerung von Berlin im Vergleich zu München, Stuttgart oder Frankfurt relativ gering ist, weisen einige Stadtbezirke inzwischen doch eine starke multikulturelle Prägung auf. Dies wird in der Stadt bisher jedoch noch viel zu wenig als Chance und viel zu sehr als „Problem“ wahrgenommen. Die ökonomische und kulturelle Zukunft der Stadt hängt zu einem nicht geringen Teil davon ab, ob sie zu einem integrativen Ort der - sicherlich konfliktreichen - Koexistenz verschiedener Lebensstile und unterschiedlicher ethnischer Gruppen wird. Die tendenzielle Fremdenfeindlichkeit der gesellschaftlichen Mitte und ihrer politischen Repräsentanten in den Parteien steht bereits heute im grotesken Gegensatz zu der faktischen Bedeutung, die die ausländische Bevölkerung für die Innenstadtgebiete hat. An die Stelle diskriminierender Forderungen nach einer Verminderung der Ausländerkonzentration bzw. nach einer Dominanz „deutscher Kultur“ in allen Stadtteilen muss eine „Kultur der Anerkennung“ treten; viele Stadtpolitiker tun immer noch so, als könnten sie den Zuwanderern Verhaltensregeln auferlegen, ohne zugleich die Anerkennung von Gleichwertigkeit und Gleichberechtigung sicherzustellen.

Die Stadt Berlin wird aus dem Ausland als eine internationale kulturelle Metropole betrachtet und als eine offene Stadt, die wie keine andere deutsche Stadt ohne provinzielle Beschränkungen ist. Darin besteht ihr wichtigstes Entwicklungspotential: attraktiv zu sein für die abenteuer- und unternehmungslustigen Teile der Jugend, und offen zu sein für kulturelle und soziale Innovationen. Zukünftige ökonomische Entwicklungen hängen weniger als früher von der technischen Infrastruktur einer Stadt ab - diese bleibt sicherlich unverzichtbare Voraussetzung -, sie hängen stärker von der kulturellen Qualität ab, die Kreativität fördert und Innovationen hervorbringt. Und diese entsteht nicht durch eine elitäre Politik bzw. durch die Förderung von Eliten, sondern durch die Gewährleistung einer offenen und vielfältigen Chancenstruktur.